

# Luzerner Tagblatt

**Neuer Uniformtest in der Armee**

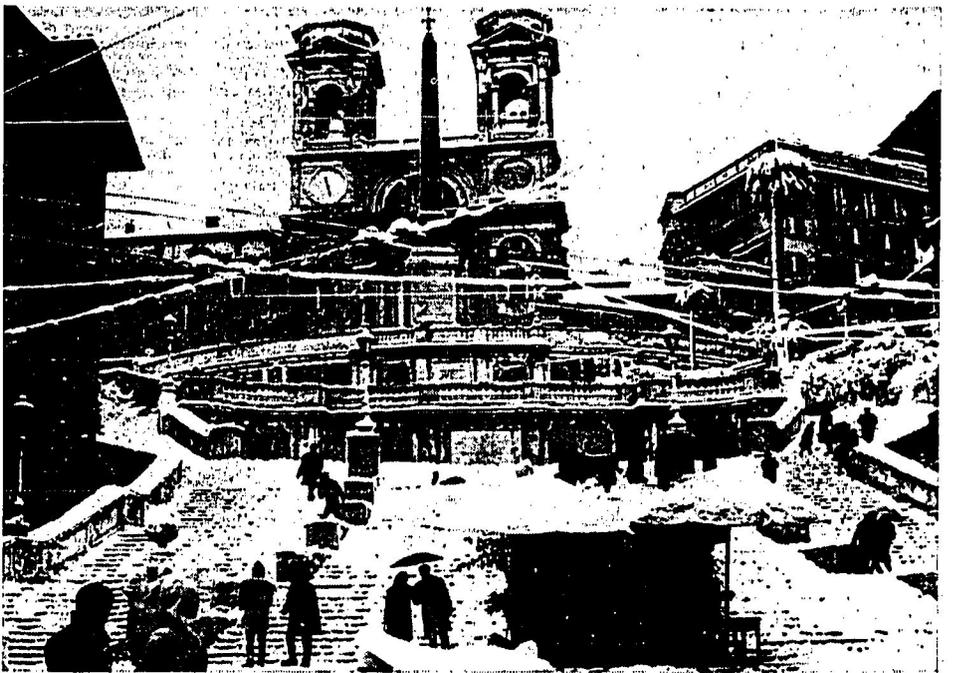
**Schweizer-Triumph in Val Gardena**

**Betrüger und Diebe in Luzern ermittelt**

3

23

LM



**Schnee statt Blumen auf der Spanischen Treppe**

Italien wird zurzeit von einer der schlimmsten Kälteperioden seit Jahren heimgesucht. Schneestürme tobten bis hinunter nach Sizilien, wo Bauern Feuer unter ihren Orangen- und Zitronenbäumen entzündeten, um ein Erfrieren der Früchte zu verhindern. In Rom wurde die größte Schneemenge seit vier Jahren verzeichnet. Unser Bild illustriert die winterlichen Verhältnisse auf dem Spanischen Platz in der italienischen Hauptstadt.

Photopress

## Neostalinismus im Angriff

Ausländer, die Ende 1964 in Moskau eintrafen, wurden allgemein mit der Bemerkung begrüßt: «Sie kommen in einem geschichtlichen Zeitpunkt in die Sowjetunion, denn Sie werden hier Zeuge der Entwicklung zur wahren sozialistischen Demokratie werden...»

Diese Hoffnungen waren damals nicht unbegründet. Chruschtschew Sturz hatte sich in der friedlichen Art einer «Palastrevolution» vollzogen. Er war im Zentralkomitee in die Minderheit versetzt worden. Widerstandslos verließ er die politische Bühne; persönlich geschah ihm aber kein Leid, was, verglichen mit früheren mörderischen Machtwechseln im Kreml, ein absolutes Novum war. Breschnew, Kossygin und Podgorny, übernahmen die Nachfolge Chruschtschews, ein Triumvirat, dessen Anstrengungen sich zunächst ganz auf das wirtschaftliche Gebiet, auf Konsumgüterproduktion und Wohlfahrt, konzentrierten. Die neuen Männer suchten dadurch das Vertrauen des Volkes zu gewinnen. Politisch übten sie Zurückhaltung, und dies so sehr, daß im Westen geradezu von «farbloser» Führung die Rede war.

Heute, vier Jahre später, wird man leider feststellen müssen, daß die anfängliche «Farbloserkeit» im Kreml längst durch Farböne grellster Art abgelöst worden ist. Die Absetzung Chruschtschews hat in der Sowjetunion nicht ein freiheitliches Zeitalter eröffnet, und die Ära der sozialistischen Demokratie ist nicht angebrochen. Wohl aber ist eine Rückkehr erfolgt zu den gefährlichsten Methoden Stalins.

Die Vorbereitung dieses Schrittes wurde eingeleitet durch Memoiren militärischer Führer, die darauf hinwiesen, daß der einstige Generalissimus großen Anteil gehabt habe am Sieg über Hitlerdeutschland. Diese Publikationen wirkten sensationell, nachdem am 20. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die «Entstalinisierung», und damit die Verdammung des einstigen Diktators, offiziell verkündet worden war.

Es zeigte sich sehr bald, daß die Sowjetmarschälle ihre Stalin-Erinnerungen mit voller Billigung der neuen Kremlchefs veröffentlicht hatten. Beweis dafür war, daß der Historiker Alexander Nekritsch, der die Fehler und Untaten Stalins deutlich geschildert hatte, aus der Partei ausgeschlossen und seine Schrift verboten wurde. Den formellen Parteisegen zur «Restalinisierung» hat schließlich ein vor wenigen Tagen erschienener Artikel der Zeitschrift «Kommunist», des ideologischen Organs des Zentralkomitees, gebracht, in welcher Stalin als «hervorragender Heerführer» gefeiert und sein Terrorregime glatt in Abrede gestellt wurde.

Die Bedeutung dieses Vorgangs liegt in seinen politischen Auswirkungen. Er ist Ausdruck einer sowjetischen Politik, die sich heute im Innern wie nach außen wieder zum Totalitarismus bekennt. Unter Chruschtschew war nicht nur der «Personenkult» abgeschafft worden. Damals wurde den nationalen kommunistischen Parteien vor allem das Zugeständnis ihres «eigenen Weges» gemacht. Dies hat zum «Polyzentrismus» im Sozialistischen Lager geführt: Moskau

lockerte die Zügel gegenüber seinen Satelliten. Es beanspruchte nicht mehr die uneingeschränkte Führung im Weltkommunismus, und dem Westen gegenüber wurde die Koexistenz-Parole ausgegeben.

Durch den Neostalinismus ist dieser Prozeß, den man vielfach als Liberalisierung bezeichnet hat, jäh gestoppt worden. Die Beschlüsse des 20. Parteikongresses haben keine Gültigkeit mehr. Moskau ist zur zentralen Lenkung und streng einheitlichen Ideologie in der Sowjetunion selber wie im gesamten kommunistischen Imperium zurückgekehrt. Davon zeugen die Schriftstellerprozesse wie auch die «antizionistische» Kampagne, die nichts anderes ist als von oben geleiteter Antisemitismus.

Davon zeugt auch die am 29. November 1968 erfolgte Neubildung des zentralen sowjetischen Innenministeriums, das 1960 aufgelöst worden war. Der wiedereingeführte Name MWD erinnert an die einst gefährlichste Nachfolgeorganisation von Tschecha, GPU und NKWD und an das Terrorwerkzeug von Stalins Massenüberungen. MWD ist übrigens nicht die einzige Bezeichnung, die an die Stalinzeit erinnert: 1966 war bereits der Name «Präsidium» wieder durch «Politbüro» ersetzt worden, und Breschnew hat sich den Titel Generalsekretär zugelegt, den vor ihm einzig Stalin geführt hatte.

Welche Gefahren die ideologische und innenpolitische Verschärfung der Krempolitik international mit sich bringt, hat die Invasion der Tschechoslowakei gezeigt: Moskau gesteht den Satelliten keine echte staatliche Souveränität mehr zu. Diese haben sich den Russen wieder restlos unterzuordnen, und tun sie dies nicht, so erfolgt eine militärische Intervention. Eine Flucht aus dem kommunistischen Machtbereich kommt überhaupt nicht mehr in Frage. Die Satellitenstaaten sind buchstäblich zu «lebenslänglicher Freiheitsberaubung» verurteilt.

Im Zeichen des Neostalinismus ist man im Kreml bereit, erhöhte internationale Risiken auf sich zu nehmen. Beispiel dafür ist die russische Nahostpolitik und das Vordringen der Sowjetmacht ins Mittelmeer. Hier gilt keine Koexistenz-Politik mehr. Nur einer Gefahr suchen die Sowjets unter allen Umständen auszuweichen: einem bewaffneten Konflikt mit den Vereinigten Staaten. Davon abgesehen aber kann sie nichts davon abhalten, auf jede nur mögliche Art ihre Macht zu festigen und in Richtung Europa auszuweiten.

Angesichts dieser Sachlage muß man sich wieder einmal wundern über de Gaulle, der soeben mit dem Besuch seines Außenministers Debré bei General Franco in Madrid eine neue Mit-

telmeerpolitik inauguriert hat. Im Einvernehmen mit Spanien, Italien und den arabischen Staaten möchte er ein Bündnis schaffen, das die Grundlage für den Abzug der Sechsten USA-Flotte und der sowjetischen Marine-Einheiten aus dem Mittelmeer bilden sollte und das zugleich die Möglichkeit böte, Frankreich in dieser Region als Hegemonialmacht zu etablieren.

Es handelt sich dabei um eine «Vision» ähnlich jener Vision de Gaulles vom «Europa vom Atlantik bis zum Ural». Weder Frankreich noch Spanien können als Schutzmächte der Mittelmeerstaaten die USA ersetzen. Und vollends eine Illusion ist es zu glauben, die Russen wären bereit, sich aus dem Mittelmeer zurückzuziehen, wo sie sich in den Araberstaaten seit einigen Jahren unter enormen Kosten wichtigen politischen Positionen aufgebaut haben. Das Projekt brächte den Süden Europas in größte Gefahr und würde zugleich den Untergang Israels besiegeln, dessen Interessen von niemandem mehr verteidigt würden.

Wenn aus dem Gesagten eine Schlussfolgerung zu ziehen ist, so ist es die: Der Rückfall in den Stalinismus in Moskau zwingt den Westen zu erhöhter Wachsamkeit. De Gaulles Mittelmeerexperiment bietet keine Alternative zur Präsenz der Amerikaner in einer Welt, welche die Russen als Aufmarschgebiet gegen Europa aussersehen haben. Davon wird sich, so ist dringend zu hoffen, auch Präsident Nixon überzeugen können, wenn er den Alten Kontinent besucht und hier mit den verantwortlichen Staatsmännern konferiert. Die Neue Welt hat ein eigenes, wesentliches Interesse daran, daß «Resteuropa» das Schicksal erspart bleibt, das den Ländern Osteuropas beschieden ist: Versklavung und Freiheitsberaubung auf unabsehbare Zeiten.

Erwin Haefeli

## Weitere ideologische Verschärfung

Moskau, 14. Febr. (UPI) Die sowjetischen Journalisten, Schriftsteller und Künstler müssen sich wieder auf harte Zeiten gefaßt machen. Die «Prawda» erinnerte sie an «ihre besondere Pflicht», mit allem, was sie schreiben und tun, der Partei im Kampf für die «Stärkung der sozialistischen Ideologie, der ideologischen Standhaftigkeit, des Patriotismus und des proletarischen Internationalismus» zu helfen. Diese «Prinzipien» würden nicht immer beachtet. Der «Prawda»-Artikel signalisiert eine neue Verschärfung der Partezensur in Presse, Radio und Fernsehen wie auch in der Literatur und im Kunstschaffen.

## Prozeß Sirhan offiziell eröffnet

Los Angeles, 14. Febr. ag. (AFP) Nach fünfwöchigen Auseinandersetzungen zwischen Anklage und Verteidigung über die Zusammensetzung des Geschworenkollegiums und einem letzten Versuch der Verteidigung, den Prozeß wegen Formfehlern zu annullie-

ren, fand in Los Angeles mit der Verlesung der Anklageschrift die Eröffnung des Prozesses gegen den Mörder des amerikanischen Senators Robert Kennedy, Sirhan Bichara Sirhan, statt. In der Anklageschrift wird gesagt, daß Sirhan am 7. Februar 1968 die

## Regierungskrise in Israel vermieden

Die Gahal-Minister bleiben Mitglieder des Kabinetts

Tel Aviv, 14. Febr. ag. (AFP) Der Vorstand der israelischen Nationalistenpartei «Gahal» hat mit 107 gegen 33 Stimmen beschlossen, ihre Vertretung im Kabinett aufrechtzuerhalten. Damit konnte eine Regierungskrise vermieden werden. Die beiden Vertreter der «Gahal»-Partei in der Regierung Eschkol, Begin und Sapir — beide ohne Parteifeuille —, behalten ihre Posten.

Die «Gahal»-Partei hatte den Rückzug aus der Regierung in Erwägung gezogen, nachdem Ministerpräsident Eschkol in einem Interview mit «Newsweek» angeblich erklärt hatte, Israel sollte die besetzten cisjordanischen Gebiete nicht behalten. Diese angeblichen Äußerungen des Regierungschefs hatten den Protest der «Gahal»-Partei hervorgerufen, welche das im Sechstagerkrieg erworbene Territorium als «historische Grenzen» Israels betrachtet.

Keine Wiederaufnahme der Beziehungen USA—Ägypten

Washington, 13. Febr. (UPI) Die Vereinigten Staaten haben «keinerlei Schritte» unternommen, um eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten vorzubereiten. Nach den Worten des Pressesprechers des US-Außenministeriums, McCloskey, sind auch für die Zukunft keine Schritte in dieser Richtung geplant. Ägypten hatte seine diplomatischen Beziehungen zu Washington während des Nahostkrieges im Juni 1967 abgebrochen. In Washington vertritt man die Ansicht, der erste Schritt zu einer eventuellen Wiederaufnahme der Beziehungen müßte deshalb von Kairo ausgehen.

Können die blockierten Schiffe den Suezkanal durch den Südausgang verlassen?

Kairo, 13. Febr. ag. (AFP) Die ägyptische Regierung hat einer Anfrage der Reeder der 14 Schiffe stattgegeben, welche seit Juni 1967 im Suezkanal blockiert sind. Danach soll geprüft werden, ob die Schiffe die internationale Wasserstraße durch deren Südforte verlassen könnten. Die Zustimmung wurde von El Zayat, dem offiziellen Sprecher der ägyptischen Regierung, bekanntgegeben. Kairo wolle bei der Ausarbeitung eines Planes behilflich sein, fügte er bei. Gegenwärtig befinden sich in der ägyptischen Hauptstadt die Vertreter der Versicherungsgesellschaften, welche für die Schiffe haften, die im Suezkanal blockiert sind. — Bisher vertritt die ägyptische Regierung die Ansicht, daß zur Wegführung der blockierten Schiffe genaue Studien über die Möglichkeiten am Nord- und Südausgang vorliegen müßten. Diese Studien sind im Januar 1968 begonnen worden, wurden aber unterbrochen, da sich die Israelis einer Ausfahrt der Schiffe durch den Nordausgang des Kanals widersetzen.

Jordanische Stellungen bombardiert

Tel Aviv, 14. Febr. ag. (AFP) Zwei israelische Flugzeuge bombardierten am Freitagmorgen Stellungen auf jordanischem Territorium, von denen aus zuvor eine israelische Patrouille im Beisanal angegriffen worden war. Ein israelischer Sprecher gab bekannt, daß um 7.15 Uhr Ortszeit von jordanischem Gebiet aus ein Bazookageschoß auf eine israelische Patrouille in der Nähe des Kibbuz Geshar im Beisanal abgefeuert worden sei. Die israelischen Soldaten hätten zurückgeschossen, und etwas später hätten zwei Flugzeuge die jordanischen Stellungen angegriffen.

## Westberliner «Störaktion nicht ohne Folgen»

Drohungen der DDR

Berlin, 13. Febr. (UPI) Die Drohungen der DDR gegen die Bundesversammlung, die am 5. März in Westberlin den nächsten deutschen Bundespräsidenten wählen soll, halten an. Der Ministerrat der DDR erklärt, es stehe «außer Zweifel», daß die «Verwirklichung der von Bonn geplanten Störaktion in Westberlin nicht ohne Folgen bleiben kann». Die Bevölkerung Westberlins wird aufgerufen, «ihrer Stimme Geltung zu verschaffen und zum eigenen Wohl dafür zu sorgen, daß sich ihre Stadt aus der Abhängigkeit von der Bonner Revanchepolitik befreit und nicht länger für gefährliche Störaktionen mißbraucht werden kann».

Zarupkin bei Kiesinger

Bonn, 13. Febr. ag. (DPA) Der Bonner Sowjetbotschafter Zarupkin ist auf eigenen Wunsch mit Bundeskanzler Kiesinger zusammengetroffen. Zarupkin übergab eine Mitteilung seiner Regierung. Darin werden unter Berufung auf

die Viermächte-Vereinbarungen über Berlin Vorstellungen gegen die Präsidentenwahl in Westberlin erhoben. — Kiesinger hat nach Angaben eines Regierungssprechers die in der Mitteilung enthaltenen Anschuldigungen zurückgewiesen. Er stellte klar, daß die Haltung der deutschen Bundesregierung in vollem Einklang mit der Auffassung der drei für Berlin verantwortlichen Westmächte stehen.

Nato-Generalsekretär hegt keine Befürchtungen

Washington, 14. Febr. (UPI) Der Generalsekretär der Nato, Manlio Brosio, äußerte sich in Washington gelassen über die Situation in Berlin. In einem Gespräch mit dem US-Außenminister William Rogers sagte Brosio, die Situation in Berlin «rechtfertigt keine unangebrachte Ängstlichkeit». Die Nato betrachte die neuesten Entwicklungen nicht als dramatisch.